UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

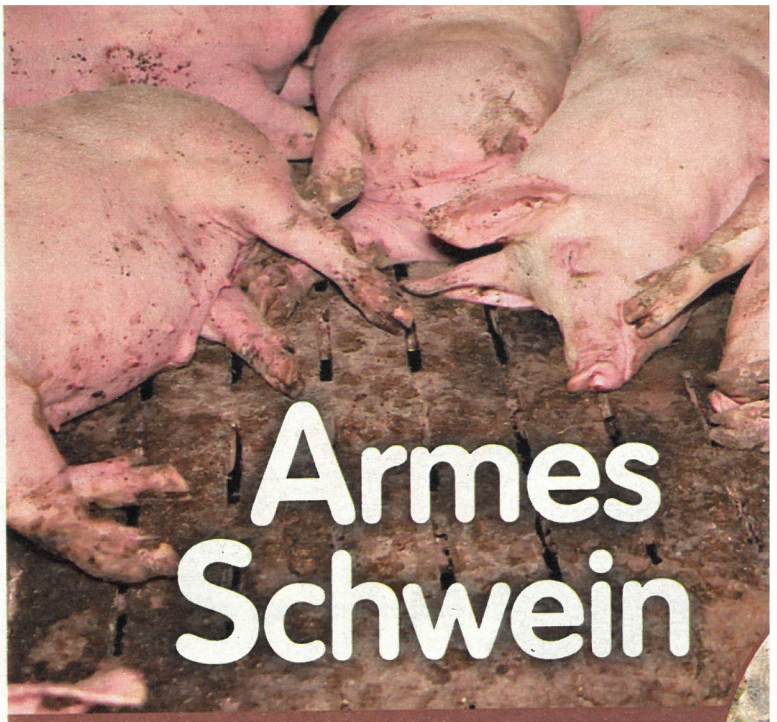
Schaden an der Zukunft, der Wirtschaft und der Bevölkerung

Eine Gesellschaft, die nicht lernfähig ist, ist nicht lebensfähig. Zur Beurteilung von Projekten mit Beteiligung der öffentlichen Hand, also Verwendung unserer Steuermittel, ist es nicht nur unmoralisch, sondern per Verfassung verboten, wenn sie nicht auf Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft werden.

Um das zu umgehen, haben die Lobbys gemeinsam mit gutgläubigen oder korrumpierbaren Politikern, einem Parlament, in dem sich unsere Vertreter mehr mit sich selbst beschäftigen als mit ihrer Aufgabe, uns vor Schaden zu schützen, und pfiffigen Rechtsanwälten Konstruktionen geschaffen, um sich praktisch beliebig Steuermilliarden auf Kosten der Bürger für Projekte zu beschaffen, die keines der Verfassungskriterien erfüllen.

Dafür wurden eigene Gesellschaften, die ASFINAG (1982) und die Hochleistungsstrecken AG, HL-AG (1989) eingerichtet. Die Obersten Gerichte machen dabei mit, wenn sie diesem Treiben entweder in ihren Erkenntnissen entsprechen und sachliche, fundierte, unabhängige Gutachten nicht zur Kenntnis nehmen. Die Rede ist von den Großprojekten der Eisenbahn und den Autobahnen und Schnellstraßen. Anlassfall ist wieder der Semmering-Basistunnel. Ein Projekt, dessen Unsinnigkeit nur noch vom Koralmtunnel um Größenordnungen überboten wird. Entgegen aller Gutachten seriöser Geologen und Hydrologen, die dem Bundesverwaltungsgericht vorlagen, haben dessen Senate begründete Bedenken übergangen und sind den „projektkonformen" Experten in ihren Erkenntnissen gefolgt.

Zerstört um viel Geld wird dabei der Wasserhaushalt des Semmering-Gebirgsstockes und die Verantwortlichen wollen immer noch nicht davon lassen, ihm noch „den Rest zu geben". Auch diese Fehlplanung wird die gutachtenden Professoren, „verlässlich projektkonformen" Hydrologen, Geologen, Beamten und Experten nicht hindern, das immer wieder so zu machen, weil ihre Honorare bestätigen, dass sie richtig liegen – im Bett mit den Lobbys. Diesen ist, sind die Verträge einmal unterzeichnet, jede Verzögerung recht, mit der sie sich noch mehr Geld beschaffen können. Es gibt derzeit in unserem Land keine politischen Persönlichkeiten, die diese Umweltzerstörung und Geldvernichtung stoppen könnten oder wollten.



Armes Schwein

Neun von zehn Schweinen in unserem Land werden nicht artgerecht gehalten. Tierschützer fordern Gesetzesänderungen und ein Bio-Bauer zeigt, wie es besser geht.

Seine Schweine sind das ganze Jahr im Freien, haben viel Platz, können in der Erde wühlen und sich suhlen. „Das ist kein Luxus, sondern das, was Schweine brauchen. Alles andere ist ein Kompromiss auf Kosten der Tiere, damit die Fleisch-Produktion billiger wird", erklärt Norbert Hackl vom Labonca-Biohof. Labonca ist der altslawische Name für den Fluss Lafnitz. Und dort, im Lafnitztal, liegt der Hof – im steirischen Burgau.

Hackls Hof gehört zu den wenigen heimischen Betrieben mit Freiland-Schweinehaltung. „Der Anteil liegt weit unter einem Prozent", so Hackl. Auch die Bio-Haltung bewegt sich bei nicht einmal drei Prozent. „Wobei Bio nicht gleich Freiland bedeutet", bemerkt der Landwirt, der in seinem Buch „Dürfen Schweine glücklich sein?" die verschiedenen Haltungsformen von Mastschweinen verglichen hat. Demnach haben auch Bio-Schweine nur 1,3 Quadratmeter Stallfläche zur Verfügung (siehe Tabelle). Besonders ärgert ihn die AgrarMarktAustria (AMA)-Tierwohl-Linie. „Dabei wird zwar in der Mast auf mehr ‚Tierwohl' geachtet, aber in der Ferkelproduktion stehen die Tiere trotzdem im Kastenstand, da sind körperenge Metallkäfige. Die Tierwohllinie wurde extra eingeführt, damit schöne Fotos verbreitet werden können." Bei dieser Art Zucht von Tierwohl zu sprechen, sei eine Frechheit, meint Hackl.

Die AMA-Tierwohl-Linie wurde eingeführt, damit schöne Fotos verbreitet werden können

Aus dem ÖVP-Landwirtschaftsministerium heißt es dazu, dass laufend an Verbesserungen der Tierwohlstandards gearbeitet werde, unter anderem durch den „Pakt für mehr Tierwohl". Tierwohlfreundliche Stallungen etwa werden mit 120 Millionen Euro pro Jahr gefördert.

Förderungen erhält der 49jährige Hackl nicht, im Gegenteil. „Aus der Förderung